

Salz-Zeitung.

Siebentwanzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg., sechs an Stelle mit 15 Pfg. berechnet...

Ercheint periodisch täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. (Der Radikant unserer Original-Druckerei ist nicht gehalten.)

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 Mk., bei zweimonatlicher Anstellung 2,75 Mk., durch die Post 3 Mk., dreimonatlich 2 Mk., einmonatlich 1 Mk., ohne Befehlgebühren...

Genussprecherbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg u. a. m. (Schluss-Nr. 176.)

Nr. 235.

Halle a. d. Saale, Dienstag den 23. Mai

1893.

Deutsches Reich.

Berlin, 21. Mai. Der Kaiser reist am Freitag nachmittags um 3 Uhr von Wiesbaden nach Potsdam, wo er abends 7 1/2 Uhr im besten Wohlsein eintrifft und von der Kaiserin auf Station Willdorf empfangen wird. Gestern früh nach dem Kaiser zunächst den Vortrag des Oberen des Militärdepartements...

22. Mai. Am Sonnabend empfing der Kaiser im Schlosse zu Potsdam von der Kaiserin und dem italienischen Vizekönig Grafen Canzani und nahm aus den Händen desselben ein ihm von dem Könige von Neapel geschenktes Gewehr entgegen. Während der Statthalter Fürst zu Stolbenlo zu Tode gelangte. Am ersten Pfingstfeiertage vom 10 Uhr bezeichnen beide Majestäten die Kirche zu Potsdam mit dem König und der Kaiserin Friedrich Leopold, die Frau Prinzessin Friedriche ersten Kronprinzessin...

Offiziellen Vernehmen nach hat der Kaiser für den Bereich der preussischen Militärverwaltung besorgen, dass die jetzigen Übungen des Verbandsunteroffiziers, welche in die Wahlzeit gefallen sein würden, nicht verschoben werden, sondern mit Rücksicht auf die bald darauf beginnende Erntezeit ganz ausfallen.

Ein parlamentarischer Berichterstatter meldet, dass eine außerordentliche Kundgebung an das deutsche Volk für vor dem Wahltermin in der Form eines Aufrufes des Kaisers in seiner Eigenschaft als Bundesoberhaupt erfolgen sollte. Diese Meldung ist jedenfalls mit Vorsicht aufzunehmen.

In unserem Leitartikel vom Sonnabend morgen sind wir bereits näher auf die Frage der Kostendeckung für die Militärfrage eingegangen. Angehendlich hält die Regierung mit ihren Vorklagen noch zurück, und wird erst nachträglich, wenn die Parteiverhältnisse des neuen Reichstages bekannt sind und die Vorlage bewilligt ist, mit bestimmten Plänen hervortreten. Wir verzeihen aber trotzdem eine Meldung der „Germania“, nach welcher nichts anderes in Aussicht steht als die Einführung des Branntweinmonopols. Das Blatt schreibt nämlich im Anschluss an einen Artikel des Freiherrn v. Zedlitz im „Deutschen Wochenblatt“:

Ein Monopol lautet allerdings ganz bestimmt im Hintergrunde des Branntweinmonopols. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist an einem Gehehntausche, welcher auf eine Einführung des Alkoholmonopols des Branntweinmonopols abzielt, schon vor einigen Monaten gearbeitet worden, als die Verhandlungen im Reichstage...

bei den Konzeptionen und bei den Bremerbeschlüssen wenig Anklang fand. Da aber der Name „Monopol“ aus guten Gründen beim Volke keinen guten Klang hat, so suchte man ihn in der Ueberschrift des projektirten Gesetzesvorschlages zu vermeiden. Der Titel „Gesehntausch, betreffend Einführung einer Branntweinsteuer“ klingt ja auch viel harmloser; unter dieser Fälschung sollte man das laibhaftige Branntweinmonopol leichter einschmuggeln zu können.

Auch in regierungsfreundlichen Kreisen fallen Aeußerungen über Finanzvorschlagen großen Stils, unter denen nicht wohl etwas anderes als Staatsmonopole verstanden werden können. Man wird es den Kreisen, die durch Monopole zu nichts auf den Sand gesetzt wurden, deshalb nicht verdenken, wenn sie der zugehörigen Regierung ebenso juristisch haltend gegenüberstehen. — In der That ist der Regierung, mit ihren Steuerplänen vorläufig hinter den Bergen zu halten, bemerken die „Hamb. Nachr.“:

„Diese That ist von weiten Kreisen der Bevölkerung nicht verstanden worden. Man sagt sich, dass wenn einmal die Nothwendigkeit einer Veränderung in unserer Here erkannt ist, auch die Mittel, dafür in irgend einer Form aufgebracht werden müssen, und dass alsdann die Regierung die Pflicht hat, anzugeben, auf welchem Wege ihre Ansicht nach am geeignetsten die Deckung zu erziehen ist. Die Regierung hatte bisher drei Steuerentwürfe eingebracht, die jedoch alle als unzulänglich angesehen und neue Vorschläge nicht an deren Stelle gelebt. Man wird zugeben müssen, daß es schwer ist, Steuerentwürfe in einer Zeit herbeizuführen zu machen, wo man auf bereits vorhandene Einnahmen aus den Steuern im Betrage von 40 bis 50 Millionen verzichtet hat, andererseits muß das Geld doch beschaffen werden. Es dürfte für die That ist der Regierung kein anderer Grund maßgebend sein als der, vor der Wahl, nirgends anzufragen.“

Der Wahlausruf des Centrums hat immer noch nicht das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Nach der „Schles. Volks-Zeitung“ haben die Verbandsmänner der schlesischen Central-Partei beschlossen, daß man den Kandidaten in der Militärwahlen freie Hand lassen müsse. Gegenüber anderen Beschlüssen ist das offizielle Telegramm-Bureau in der Lage, diejenige der „Schlesischen Volks-Zeitung“ als authentisch zu bezeichnen. Die bayer. „Deutsche Reichszeitung“ eines der radikalsten Centrumsblätter, verzeichnet die Angaben des Bundesrats im Centrum und sagt abdam:

„Solche Entschlüsse müßten die Hoffnungen der Freunde der Militärwahlen noch nicht rechtfertigen, aber sie erschweren den Wahlkampf, zumal, wenn sie, was zu befürchten steht, sich noch mehreren sollten. War man insbesondere im Centrum nicht erst entschlossen, an der jetzigen Friedensverhältnisse festzuhalten, oder nicht von vornherein der Zustimmung aller Mitglieder zu dieser Fassung fähig, so hätte man allerdings besser gethan, sich nicht auf das erste Angebot zu verpflichten. Es müßte den Gegnern der Vorlage die Wähler gründlich verberben, wenn der Verband Stammgewinne nach den Wahlen wird doch alles bewilligt.“

Zur vielbesprochenen Begründung des antisemitischen Redaktors Eberwinder von Söderjöhren „Volk“ bemerkt der „Reichsbote“, der es wissen kann:

An dieser Bemerkung der „Volk“, daß der Kaiser selbständig auf die Bitte eines Abolanten hin die Begründung verweigert haben ist nicht weniger als jedes Wort unwahr. Die Centralmänner dieses Bundesrats haben sich durch den Weg durch den Justizminister beurlaubt worden.

Die Hochpreisigkeit des so schwer durch die Antisemiten verkränkten Justizministers erfährt dadurch eine neue Befestigung.

Ueber Erhebungen zu dem Kirchenvermögensgesetz schreibt die „Berun“:

„Wohl aus Anlass der beendigten Verhandlungen im Abgeordnetenhaus hat der Oberpräsident der Rheinprovinz im Auftrage des Ministers an die einzelnen Regierungen ein Schreiben gerichtet, worin er sie auffordert, ihre Erfahrungen in betreff der Wirkungen des kirchlichen Vermögensverwaltungs-Gesetzes mitzutheilen. Es handelt sich nach den Aeußerungen dieses Bundesrats außer anderem um eine etwaige Aenderung jenes Gesetzes in der Richtung eines Wegfalls der kirchlichen Gemeindevertretung.“

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ beantwortet die Fragen der „Frankfurter Zeitung“, ob es wahr sei, daß sich unter den insgesamt achtzig gesammelten Einwohnern von Horstmann (Deutsch-Südwestafrika) sieben Frauen befinden haben und daß in dem amtlichen Gesundheitsberichte Debanen über das allfällige Mißverhältnis zwischen getödteten besonnenen Männern und verschollenen Frauen ausgedrückt wird, indem sie erklärt: „Wir sind in die Lage gesetzt, diese beiden Fragen mit Nein zu beantworten.“ Damit wird jede weitere Nachforschung in betreff der bezüglichen Mitteilung der „Times“ gegenstandslos und es erscheint bedauerlich, daß die „Nordb. Allg. Ztg.“ nicht sofort der jedem Deutschen penlichen Nachricht entgegengetreten konnte.

Am Sonnabend vormittag wurden die Repräsentanten des Deutschen Tabakvereins, des Vereins aller Interessenten der Cigarren- und Tabakfabriken von Berlin und Umgebungen sowie des Vereins der deutschen Tabakfabrikanten und Vertreter des Reichstages, Staatssekretär des Reichsanwaltes des Innern Staatsminister von Voeltzger, in längerer Audienz empfangen, in der es sich um die Frage der

Verlängerung der Geschäftsstunden an Sonn- und Feiertagen handelte. Der Minister ging auf die mündlichen Auseinandersetzungen der Herren näher ein und bekundete lebhaftes Interesse für diese Frage. Wemgleich er nicht in der Lage war, Aussicht auf eine in absehbarer Zeit zu erwartende Aenderung des Gesetzes zu machen, so nahm er doch Gelegenheit, den Herren die Berücksichtigung zu geben, daß die Frage zur Zeit seitens der Reichsregierung einer eingehenden Prüfung unterzogen wird und daß seitens des Reichsanwaltes, wenn die Prüfung, wie nach den Darlegungen der Herren zu erwarten stünde, im Sinne der Petition ausfiele, die Instanzen ergriffen werden würde, um eine möglichst gleichmäßige Interpretation des Gesetzes zu Gunsten der Bevölkerung zu erwirken. Die Minister, etwa in dem Sinne, wie dies in Bayern, Böhmen und Preußen, auf welche die Tabakfabrikanten Bezug genommen hatten, geschähen, auch in den übrigen Bundesstaaten herbeizuführen. Es würde diese bejagte Auslegung des § 105 der Gewerbeordnung sein, die seitens der Tabakfabrikanten angekreht wird, und wonach der Tabak ein menschliches Genussmittel ist, so daß also eine Verlängerung der Verkaufszeit für denselben als zulässig erachtet werden könnte. Zu der dem Minister überreichten Petition hätten die oben genannten Vereine um eine Verlängerung der Verkaufszeit bis 5 Uhr nachmittags.

Ueber einen von den rheinisch-westfälischen Holzfirmen gebildeten Ring berichtet der „Hess. Kurier“: „Um die Verkaufspreise in der Höhe zu halten, haben die rheinisch-westfälischen Holzfirmen in diesem Jahre wiederum einen „Ring“ gebildet. Derselbe besteht, welchen 30 Sägewerke mit 90 Holzgärten angehören, sind nur 4 Firmen nicht beigetreten. Um auf diese 4 Firmen einen Druck auszuüben, haben sich die Mitglieder des Ringes kürzlich verpflichtet, bei einer Strafe von 20 Mark für jeden Stamm die Vermittlung seines Agenten oder Stadthalters zum Ankauf bezw. zum Verleihen in Anspruch zu nehmen, welcher für die obengenannten außerhalb der Abmachung stehenden Firmen arbeitet. Da durch dieses Vorgehen viele Frachtbreveten in ihren Interessen bedeutend geschädigt werden, berichtet bei den Holzfabriken eine große Mißstimmung gegen den rheinisch-westfälischen Ring.“

Für April 1893 weist der Abfluß der Post- und Telegraphenverkäufe gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine erhebliche Zunahme des Verkehres auf. Der reine Ueberschuß hat betragen April 1893 3.665.878 Mk., April 1892 2.955.771 Mk., mithin April 1893 mehr 710.107 Mk.

Der „Hannoversche Courier“ hatte einen längeren Bericht aus Rom über die jüngste Unterredung zwischen dem Kaiser und dem Papste gebracht, von welchem, so weit wir beobachten konnten, in der Presse nur wenig Wichtiges genommen wurde. Jetzt ist die „Nordb. Allg. Ztg.“ in der Lage, zu erklären, daß die Mittheilungen dieses Berichts, sowohl was die angeblichen Vorverhandlungen über die Zusammenkunft, als auch, was die Unterredung selbst betrifft, von Anfang bis Ende auf freier Erfindung beruhen.

Zu den Abgeschlossenheit der im vorigen Organisirten der „Deutschen Arbeitervereine“ Kommissionen zur Erforschung und zum Schutze der Zustände der Provinzial- und Bezirkskonferenzen geht es nach einer Verfügung des Ministeriums, daß sie die Denkmalswache und Denkmalspflege auch über die Kirchen und deren Inventar zu führen und auf sorgfältige Erhaltung des Vorhandenen im Benehmen und im Einvernehmen mit den kirchlichen Behörden und den Kirchenvereinen hinstimmen haben.

Die „Staats-Ztg.“ stellt folgende Frage an den beehrlichten Reichsanwalteschen Es ist zu sagen: Da Herr Schwandauer verzeihen, daß er in einem an die „Staats-Ztg.“ gerichteten Briefe selbst zugleich, der folgte Material gegen die Partei, der er damals angehörte, die Sozialdemokratie, geliefert zu haben, um sich den Vortheil zu verschaffen, als Einbürgerer Freiheitler dienen zu dürfen, was er als unfauler Kontonist verweigert hätte?

In Leipzig sind am Sonnabend diesen wegen Hochverraths angeklagte Personen aus Duisburg eingeliefert worden. Der Prozeß vor dem Reichsgerichte werde am 7. Juni beginnen und voraussichtlich drei Tage währen.

„Saalfeld, 21. Mai. Die hiesige Handels- und Gewerksamkeit hat in ihrer letzten Sitzung u. a. auch über die Frage eines Handelsvertrages mit England verhandelt. Sie sprach sich einstimmig dahin aus, daß der durch die bisherige russische Politik fast ganz unterbrochene Verkehr mit England durch einen Handelsvertrag, welcher die Ausfuhr nach England erleichtert und die Zollsätze auf eine Weise von Nutzen wird, wiederhergestellt werden möge. Ferner soll von den einzelnen Bezirkskommissionen eine Erklärung über die Bedeutung des Geschäftes mit England eintreten und bis Ende Mai eine Versammlung der Bezirksvorstände abgehalten werden, in welcher die erforderliche Eingabe an die Staatsregierung abgefaßt wird. Die anderen Handelskommen des Landes sollen um ein gleiches Vorgehen ermahnt werden.“

Marine Nachrichten. S. M. Fregatte „Dorete“ ist am 17. Mai in Gaffa eingetroffen und beschäftigt am 23. nach Beirut in See zu gehen. S. M. Kanonenboot „Sädra“ ist am 18. Mai in San Paolo eingetroffen und am 20. nach Kapstadt in See gegangen. S. M. Kanonenboot „Itis“ ist am 19. Mai in Schanghai eingetroffen.

Zu den Wahlen.

Halle, 21. Mai. Am Pfingstsonntag fand im Neuen Theater eine, auch von verschiedenen Mitgliedern des stromerwalben Vereins besuchte Versammlung der „Allgemeinen Ortsvereine“ statt, in welcher Dr. Reichsammann als Kandidat für die Wahl zum Reichstagen vorgeschlagen wurde. Der Vorsitzende, Dr. Oberbergkandt, erwähnte die Verhandlungen mit einem Nachwort an den Kaiser. Dann legte Dr. Reichsammann ein Schreiben dar, welche ihn nach mehrseitigen Verhandlungen



troß schwerer Bedenken zu dem Antrage für die Lösung Ungarns von Oesterreich, ein innerpolitisches für entschiedenen Fortschritt eintritt. Die Regierung kann bei ihrer Kirchenpolitik nur auf die vorwiegend protestantische Stände-Fraktion rechnen. Die Mehrheit für die liberalen Reformen dürfte sich indes schließlich aus Anhängern aller Parteien zusammenschließen.

Die Enthaltung des Bondev-Denkmal in Subapje ist am Sonntag ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Hofliche Demonstrationen, darunter die in Baden-Neuburg unter Führung des Präsidenten Baus, sowie die von dem Jahre 1848 nahmen an der Feierlichkeit teil, zu welcher auch eine große Zuschauermenge herbeigekommen war. Unter den vielen an dem Denkmal niedergebundenen Kränzen befand sich auch ein solcher des Abgeordnetenhauses. Nach den Festreden wurden begeisterte Ausrufe über den König ausgebracht.

Die Landtage von Niederösterreich und Galizien sind am Sonnabend geschlossen worden.

Schweiz. Eine Versammlung der Abgeordneten der schweizerischen landwirtschaftlichen Hauptvereine, welche am 2. Feiertag in Bern stattfand, beschloß einstimmig, insofern das Wohlstandes der Landwirtschaft in der Schweiz im Jahre 1893 in Bern hinsichtlich des Jahres 1895 zu veröffentlichen.

Dänemark. Dem Gouverneur der Dänisch-Nordfriesischen Inseln, Oberst v. Ardenburg, ist auf sein Gesuchen die Entziehung von seinem Posten vom 30. Juni ab bewilligt worden.

England. Im Londoner Hyde-Park fand am Pfingstsonntag nachmittag eine große Kundgebung zu Gunsten der Home-Rule-Bill statt als Erweiterung auf die von den Ulster-Deputierten am 22. April in der Albert-Hall veranstaltete Demonstration gegen die Home-Rule-Bill. Etwa 50,000 Personen, jumeist Kleinbürger, zogen in Prozession am Leinsterkanal mit Fahnen und Musik bis zum Hyde-Park, in welchem 13 Tribünen errichtet waren, von denen irische Deputierte, Mitglieder der Grafschaftsstände und Arbeiterführer Reden hielten. Es wurde eine Resolution angenommen, welche alle Teilnehmer an der Prozession aufrief, Absichten in der Durchführung des Abrechens vom Great Britain von dem Königreich und Irland ein Ziel zu setzen, zu unterstützen und die die Obstruktion der Konventionen tadeln und für den Fall, daß die Obstruktion durch das Oberhaus fortgesetzt werden sollte, mit Vertheidigung Akt von einem zwischen der Macht des Volkes und der Kammer der erblichen Gesetzgeber entstehenden Konflikt. Die Versammlung ging in vollkommener Ordnung auseinander.

Frankreich. Präsident Carnot empfing am Sonnabend den General Dods und begleitete denselben auf das herrliche zu seinen militärischen Erfolgen in Dahome. Zu dem Empfange war Dods in Gesellschaft erschienen. Am Sonnabend präsierte Carnot, der sich in fortwährender Gesundheit befindet, einem Ministerienrat.

Die Deputiertenkammer beschloß am Sonnabend auf Antrag des Ministerpräsidenten Dupuy und trotz des lebhaften Einspruchs Aubry d'Affons (Rechte), welcher Dupuy heftig angriff, sofort den Antrag auf Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Vaudin zu beraten. Der Justizminister beantwortete den Antrag und erklärte, es handle sich nur darum, zu prüfen, ob derselbe nicht einen willkürlichen Charakter trage. Mehrere Redner sprachen sich gegen die gerichtliche Verfolgung aus, da dieselbe nicht einen willkürlichen Charakter trage. Mehrere Redner sprachen sich gegen die gerichtliche Verfolgung aus, da dieselbe nicht einen willkürlichen Charakter trage. Mehrere Redner sprachen sich gegen die gerichtliche Verfolgung aus, da dieselbe nicht einen willkürlichen Charakter trage.

Frankreich. Präsident Carnot empfing am Sonnabend den General Dods und begleitete denselben auf das herrliche zu seinen militärischen Erfolgen in Dahome. Zu dem Empfange war Dods in Gesellschaft erschienen. Am Sonnabend präsierte Carnot, der sich in fortwährender Gesundheit befindet, einem Ministerienrat.

Die Deputiertenkammer beschloß am Sonnabend auf Antrag des Ministerpräsidenten Dupuy und trotz des lebhaften Einspruchs Aubry d'Affons (Rechte), welcher Dupuy heftig angriff, sofort den Antrag auf Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Vaudin zu beraten. Der Justizminister beantwortete den Antrag und erklärte, es handle sich nur darum, zu prüfen, ob derselbe nicht einen willkürlichen Charakter trage. Mehrere Redner sprachen sich gegen die gerichtliche Verfolgung aus, da dieselbe nicht einen willkürlichen Charakter trage. Mehrere Redner sprachen sich gegen die gerichtliche Verfolgung aus, da dieselbe nicht einen willkürlichen Charakter trage.

Frankreich. Präsident Carnot empfing am Sonnabend den General Dods und begleitete denselben auf das herrliche zu seinen militärischen Erfolgen in Dahome. Zu dem Empfange war Dods in Gesellschaft erschienen. Am Sonnabend präsierte Carnot, der sich in fortwährender Gesundheit befindet, einem Ministerienrat.

Die Deputiertenkammer beschloß am Sonnabend auf Antrag des Ministerpräsidenten Dupuy und trotz des lebhaften Einspruchs Aubry d'Affons (Rechte), welcher Dupuy heftig angriff, sofort den Antrag auf Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Vaudin zu beraten. Der Justizminister beantwortete den Antrag und erklärte, es handle sich nur darum, zu prüfen, ob derselbe nicht einen willkürlichen Charakter trage. Mehrere Redner sprachen sich gegen die gerichtliche Verfolgung aus, da dieselbe nicht einen willkürlichen Charakter trage. Mehrere Redner sprachen sich gegen die gerichtliche Verfolgung aus, da dieselbe nicht einen willkürlichen Charakter trage.

Freiwilligste Begegnung, welche nur zu häufig die Allons-Frankreichs lähmen. Golek sagte hinzu, diese Entscheidung sei die Folge des Umstandes, daß Frankreich gegenwärtig ebenförmig eine außenpolitische wie eine innere Politik habe. Golek richtete darauf scharfe Angriffe gegen die opportunistische Politik, tadelte den neuen Sozialist und trat für die Politik einer radikalen Verfassungsrevision ein.

Der Kriegsminister hat dem in Verbun garnisonirenden 1. Jägerbataillon den Befehl erteilt, bei demnachst stattfindenden Exzursion der bei Saint Privat gefallenen, in Saint Nil begrabenen deutschen Soldaten die militärischen Ehren zu leisten. Bei der Ceremonie werden auch die Spigen des 6. Armeekorps vertreten sein.

Eine Deputation des Generalgouverners von Indo-China, de Kanelan, aus Hanoi, befragt, daß die Stellung der französischen Truppen auf der Insel Kowe historisch werde, aber ohne Erfolg angegriffen worden sei. Von den Offizieren sei niemand getötet; dagegen ist der Kommandant der französischen Truppen, Kapitän Thoreur, in der Nähe von Kowe getötet worden, welche aber respektvoll behandelt. Eine Truppenabteilung sei in Szung-Tsing angekommen, wo vollständige Ruhe herrsche.

Belgien. Im brüsseler Hofpalast wurde gestern der internationale Kongress der Gesundheitsdelegierten eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde der englische Delegierte für Nordhampton, Piddar, gewählt; Deutschland war durch Seydewitz-Dortmund vertreten, Oesterreich durch Peter Singer. Anwesend waren 33 englische Delegierte, darunter 6 Parlamentsmitglieder und etwa 15 französische Delegierte anwesend.

Italien. Die Ministerkrisis hat eine Lösung bisher noch nicht gefunden. Am Sonnabend berief der König über die parlamentarische Lage zuerst mit dem Präsidenten des Senats und hierauf mit dem Präsidenten der Kammer, am Sonntag und Montag dauerten die Konferenzen mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten, u. a. den Senatoren Perani und Sarucco, fort. Am Montag berief der König sich mit dem Minister Brin. Der „Tribuna“ zufolge erklärte der Senatspräsident dem König, seiner Ansicht nach wäre die geeignete Lösung der Ministerkrisis eine Rekonstruktion des Kabinetts Giolitti. Der „Italia“ zufolge bestätigte es sich, daß Giolitti die Absicht zu erkennen gegeben hätte, seine Demission aus für den Fall aufrecht zu erhalten, daß der König ihn mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragen sollte. Giolitti soll bereits alle ihn persönlich angehenden Papiere aus dem Ministerium des Innern haben abgehoben lassen. Wie weiter verlautet, hätte Zanarbelli, den Giolitti als seinen Nachfolger bezeichnet habe, formell erklärt, er bestehe gar nicht darauf, im gegenwärtigen Augenblick die Verantwortlichkeit der Regierung zu übernehmen.

In der Deputiertenkammer theilte am Sonnabend der Ministerpräsident Giolitti mit, daß das Kabinett in Folge des Kammervotens über das Aufstufung des Königs seine Demission überreicht und daß der König sich weitere Entschlüsse vorbehalten habe. Die Minister würden zur Erledigung der laufenden Geschäfte vorläufig im Amte bleiben. Giolitti bittet die Kammer, im Interesse des ungeklärten Fortganges der Verwaltungsgeschäfte die Verfassung der einzelnen Budgets fortzusetzen und die Bewilligung derselben lediglich als administrative Maßnahme bis zur Verfassung der einzelnen Budgets mit kurzer Debatte, an welcher sich die Deputierten Branca, Comino und Rindini beteiligten, mit sehr großer Majorität den Antrag Giolitti's auf Fortsetzung der Budget-Debatte.

Die Kammer beendete die Generalberatung des Budgets des Anwärterlichen und ging sodann zu der Spezialberatung über. Der Minister des Anwärterlichen Brin erklärte, er könne nach der Erklärung Giolitti's und nach dem gemachten Bemerkungen erwidern, noch sich auf politische Fragen einlassen er werde gelegentlich der Verlesung des betreffenden Artikels die etwa angelegten administrativen Fragen beantworten. Während der Sitzung ergiff Brin wiederholt das Wort, um festzustellen, daß, wenn auch die gegenwärtige Lage der Kammer und des Ministeriums für eine Lockerung der bei auswärtige Politik nicht günstig sei, es doch nicht weniger wahr sei, daß die äußere Politik des bisherigen Kabinetts, nachdem dieselbe Politik von den früheren Kabinetten befolgt worden sei, auch heute noch diejenige sei, welche die Mehrheit der Kammer zustimme. Der Minister sagte hinzu, daß das von Barzilai entwickelte Programm, welches den Vertrag mit aller Welt bedeute, die beste Vertheidigungsbedeutung zugunsten des Dreiebundes sei, die man halten könne. Jedermann, mit Ausnahme von Barzilai, der sich damals in Triest aufgehalten habe, wisse, daß im Jahre 1881 die öffentliche Meinung der Regierung bis zu einem gewissen Grade die Richtung für ihre gegenwärtige Politik vorgezeichnet habe, ebenso wie später für die Erneuerung des Dreiebundes. Es stehe jedem frei, nach seinem Belieben sich Bindnis-Systeme zu gestalten, namentlich dann, wenn man trotz aller Beweise von Sympathie und Wohlwollen aus Italien fortwährend angegraben wird, dabei beharre, überall nur Interesse und Feinde zu sehen. Aber es sei augenscheinlich, daß das unvernünftige aller Systeme dasjenige sei, bei welchem man selbst durch sein Verhalten den Absichten von Bindnissen herbeiführt, um sich dann mit seinen eigenen Verbindungen auf schlechten Fuß zu stellen. Gegen Ende der Sitzung erklärte Brin, er glaube, Barzilai verfolge nicht patriotisch, indem er so heftig ein Bindnis bekämpfe, das Italien aus freien Stücken eingegangen sei und dessen Abmahnungen es in loyaler Weise beobachten müsse.

Der Senat beschloß am Sonnabend auf Verlangen Giolitti's, die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände zu vertagen.

Imbrani wurde in Sora mit 226 gegen 224 Stimmen zum Deputierten gewählt. Der Gegenkandidat war Felsche.

Zu den Besuchen gegen die Banca Romana entwickelten Barone Marconi und Monaldi sich gegen Kanon in Freiheit gesetzt worden.

Der Papst empfing am Sonntag abend den preussischen Gesandten v. Bülow in Privataudiens.

Der Kaiser von Rußland hat dem Papste zwei große Rosen mit Aspisbehal gehandt. Die Rosen haben eine Gesamtlänge von 2 1/2 m.

Dänien. Der Ministerath beschloß gestern mit dem Handelsverträge, die zwischen mit Schweden, Norwegen, der Schweiz und Holland sind fertig gestellt und

Österreich-Ungarn. Die schon vorausgegangene Spaltung der ungarischen Unabhängigkeitspartei ist nunmehr eingetreten; die Mehrheit der Fraktion unter Führung Kolonyi's hat eine von Csozsa beantragte Erklärung für die liberalen Ideen und gegen die Reaktion abgelehnt; die 17 Mann starke Minorität unter Csozsa wird eine neue

Ansland.

Oesterreich-Ungarn. Die schon vorausgegangene Spaltung der ungarischen Unabhängigkeitspartei ist nunmehr eingetreten; die Mehrheit der Fraktion unter Führung Kolonyi's hat eine von Csozsa beantragte Erklärung für die liberalen Ideen und gegen die Reaktion abgelehnt; die 17 Mann starke Minorität unter Csozsa wird eine neue

